

**REDE von MdL Enrico Stange zum Antrag der Fraktion GRÜNE in Drs 5/6895  
"Carsharing für Landesbehörden und nachgeordnete Einrichtungen"**

Auszug Protokollmitschrift

Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Springer! Sie haben den Antrag der Fraktion GRÜNE als Mumpitz bezeichnet. Ein Anrecht darauf haben die GRÜNEN nicht alleine, mit ihrer Rede haben sie es eindeutig bewiesen. Liebe Kollegen, Ihr Antrag ist kein Mumpitz. Ich gebe es zu Protokoll. Aber Frau Springer, Ihnen möchte ich das durchaus angedeihen lassen.

Es ist natürlich völliger Nonsens, denn Sie haben mit dem Standortgesetz, liebe Frau Springer, auch Standorte festgelegt, wo noch keine neuen Häuser stehen. Das heißt, Sie schaffen damit auch eine Nachfrage, wo ein Angebot nachfolgen wird. Das ist üblich. Dass man das den Wirtschaftsparteien in diesem Landtag auch noch erklären muss, ist schon ein hartes Ding. Am späten Abend kurz vor sieben ist hier eigentlich schon die Sandmannstunde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN! Eigentlich wusste ich nicht so richtig, was ich mit dem Antrag anfangen soll, denn es ist natürlich originäres Verwaltungshandeln. Man kann sich ja vorstellen, dass der Minister kommt und sagt: Das ist ja eigentlich nicht üblich, es geht uns nichts an, und deshalb müssen wir es schon ablehnen. Also, Frau Springer, das wäre einfacher gewesen.

Aber wir werden dem Antrag selbstverständlich zustimmen, weil der Landtag mit diesem Antrag eine Willensbekundung abgibt, wie wir in Zukunft in unserer Verwaltung im Freistaat doch Verkehrsmobilität am liebsten organisiert wissen wollen. Es gibt natürlich Hindernisse, um ein solches Angebot tlächendeckend in Sachsen zu organisieren. Doch für den ruhenden Verkehr, sprich Parkmöglichkeiten usw., kann man gesetzliche Voraussetzungen schaffen. Deswegen finde ich die Antwort auch immer so lustig, man könne dafür nichts machen. Natürlich können Sie in der Staatsregierung etwas machen. Sie können über den Deutschen Bundesrat durchaus initiativ werden und Hindernisse auch auf Bundesebene aus dem Weg schaffen, denn das, was für den Mopedführerschein mit 15 und für Kennzeichenfolklore möglich ist, kann doch wohl, bitte schön, auch für Carsharing-Angebote umgesetzt werden.

Also noch einmal: Stellen Sie sich doch vor, Frau Springer, Sie würden die Auslastung, die Sie für die Fahrbereitschaft des Sächsischen Innenministeriums ausgerechnet haben – 75 %? 80 %? Ist ja egal, 70, okay – und diese jetzt auf die Carsharing-Angebote umschlagen, dann erhöht sich schlagartig deren Auslastung von 20 %.

(Zuruf der Abg. Ines Springer, CDU)

– Ja, was denn? Sie haben das Ministerium doch nicht in Taucha, oder? Das halte ich jetzt aber für albern. Ich hätte Ihnen da mehr zugetraut.

Durch Nachfrage generieren Sie auch das Angebot. Das ist so, das ist auch einfache Grundregel in der Volkswirtschafts- und in der Betriebswirtschaftslehre. Das sollte Ihnen nicht ganz fremd sein. Deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen.

Es ist eine Willensbekundung. In diesem Sinne verstehen wir den Antrag, und wir unterstützen ihn und hoffen auf mehr Vernunft, so wie auch HerrStaatsminister Kupfer es mit seiner Presseerklärung aus dem vergangenen Jahr angedeutet hat, dass sich dies in der Staatsregierung durchsetzen wird.

(Beifall bei den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)